

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

20.11.1928 (No. 272)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher Str. 14
Bernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. H. M. M.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausschaltung, Nachdruck, Verleumdung, Verleumdung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Klienten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 24. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Der Kampf in der Eisenindustrie

Die Einigungsverhandlungen verlagert

Die Einigungsverhandlungen sind am Montag, wie aus Düsseldorf gemeldet wird, nicht zum Abschluss gelangt. Die Verhandlungen werden fortgesetzt, jedoch ist ein neuer Termin hierfür noch nicht festgesetzt worden.

Nach einer offiziellen Verlautbarung ist der Grund, daß die Gewerkschaften zunächst die Zustimmung ihrer Auftraggeber für die Kompromißformel, auf die man sich jetzt geeinigt hat, einholen wollen. Wie weit noch sachliche Differenzen bestehen, wird von keiner Seite genau angegeben. Es scheint aber, daß die Gewerkschaften heute weniger geneigt sind, eine Kompromißformel anzunehmen, als am Samstag voriger Woche. Wie die „Frankf. Ztg.“ ausführt, scheint die Unterhaltungsaktion des Reiches und Preußens dem Gedanken der Gewerkschaften, wenn irgend möglich, am Schiedsgericht festzuhalten, neue Stützung gegeben zu haben.

Die von den Metallarbeiterverbänden eingelegte Verurteilung gegen die Feststellungsfrage der Nordwestgruppe ist am Montag beim Duisburger Landesarbeitsgericht eingegangen. Die Verhandlung vor dem Landesarbeitsgericht findet voraussichtlich am Samstag, den 24. November, statt.

Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die Nordwestgruppe, durch die Tarifbestimmungen der Angestellten unterjagt werden sollen, ist abgelehnt worden.

Düsseldorf, 20. Nov. (Tel.) Über die Lage im Lohnkonflikt der nordwestlichen Gruppe ist zu berichten, daß die Gewerkschaften noch keinen Termin für die Unterzeichnung ihrer Mitglieder über die bisherigen Verhandlungsergebnisse festgesetzt haben. Wie von gewerkschaftlicher Seite verlautet, waren die Verhandlungen der beiden Tarifparteien gestern Abend auf dem toten Punkt angelangt. Die ganze Angelegenheit dürfte nunmehr von den Vorschlägen des Regierungspräsidenten Bergemann abhängen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß es von den Mitteilungen der Gewerkschaften über die Stellungnahme ihrer Mitglieder abhängt, ob und wann der Regierungspräsident eine Einladung an die beiden Parteien zu neuerlichen Verhandlungen ergehen lassen kann.

Der Nachtragsetat

Der Reichsfinanzminister hat nach einer Meldung des „B. Z.“ den Nachtragsetat fertiggestellt, der bereits heute dem Reichstag zugeht. Dieser Nachtragsetat enthält nur die etatsrechtlichen Folgerungen der Beschlüsse des Reichstages und lediglich die Personalansgaben, aber keine einzige Sachausgabe. Dagegen sei sich das Kabinett noch nicht schlüssig geworden über den ordentlichen Haushaltsplan für das Finanzjahr 1929/30 und über die Deckungsvorlage für das auf 600 bis 650 Millionen Reichsmark geschätzte Defizit. Nach dem Blatt dürfte es jedoch sicher sein, daß die ursprüngliche Absicht einer neuen und gründlichen Novellierung des Branntweinmonopolegesetzes fallengelassen worden sei, und daß man sich im wesentlichen nur auf die Erhöhung der Abgabensätze beschränken werde.

Anschluß Thüringens an Preußen?

Auf einem volksparteilichen Vertretertag des Reichstagswahlkreises 12 (Thüringen) in Weimar, in dem auch der frühere thüringische Staatsminister Dr. Leutenker, ferner der Reichstagsabgeordnete Dr. Pfeiffer, Gotha, der neue thüringische Innen- und Justizminister Dr. Niebel, und der ehemalige Sondershausenener Staatsminister Bauer, der Führer der volksparteilichen Fraktion im thüringischen Landtag teilnahmen, nahm man einstimmig eine vom Landesverband Ostthüringen der Deutschen Volkspartei vorgeschlagene längere Entschleunigung an, welche laut „Voss. Ztg.“ den Verzicht auf die bisherige staatliche Selbständigkeit Thüringens fordert. Die Resolution besagt u. a.: Vertretertag und Landesauschuß der Deutschen Volkspartei ersuchen den Vorstand im Einvernehmen mit der volksparteilichen Landtagsfraktion, unverzüglich die Vorarbeiten zur Klärung der Frage in Angriff zu nehmen und einer demnächst stattfindenden Landesauschuhung Vorschläge über die einzuleitenden Schritte zu unterbreiten.

Um die Rheinbrückenbauten. Wie aus der Pfalz verlautet, soll am Reichsaussenminister Dr. Stresemann herantreten werden, damit er sich mit dem französischen Außenminister wegen der schon lange ausstehenden Entscheidung in der Rheinbrückenfrage in Verbindung setze.

Die Brückenverhältnisse am Mittelrhein. Die deutschnationale Reichstagsfraktion ersucht, wie aus Berlin gemeldet wird, in einem Antrag die Reichsregierung, im Benehmen mit den Länderregierungen und den sonstigen Beteiligten, abgesehen von den als dringlich anerkannten Brückenbauten der Pfalz auch auf schleunige Besserung der Brückenverhältnisse in Mainz, Koblenz, sowie auf Förderung eines Brückenbauplanes bei Neuwied energisch hinzuwirken.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen werden laut „B. Z.“ durch persönliche Fühlnahme mit den beiden Delegationsführern in den nächsten Tagen wieder in Gang gebracht werden. Im Verlaufe der neuen Verhandlungen werden, wie das Blatt schreibt, von Deutschland bestimmte Zugeständnisse angeboten unter der Voraussetzung, daß Polen nun endlich zu der deutschen Wunschliste für die Einfuhr von Industriegütern Stellung nimmt.

Nationalsozialisten für die Arbeitsdienstpflicht. Die Nationalsozialisten haben im Reichstag einen Gesetzentwurf eingebracht, der zur Befreiung der Arbeitslosigkeit ein Arbeitsdienstpflichtjahr einführt.

Letzte Nachrichten

Die Biersteueranteile

M. Berlin, 20. Nov. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, wird das Reichsfinanzministerium zu dem Urteil des Staatsgerichtshofes in der Klage Preußens gegen das Reich wegen der Verteilung der Biersteuer zunächst keine Stellung nehmen, sondern die Begründung des Urteils, die noch nicht vorliegt, abwarten, ehe es sich zu entscheidenden Schritten entschließt.

Der Sachverständigenausschuß

M. Berlin, 20. Nov. (Priv.-Tel.) Wie aus Paris gemeldet wird, findet unter dem Vorsitz des Präsidenten Doumergue heute ein Ministerrat statt, der sich mit der Sachverständigenkommission beschäftigen soll, wahrheitsgemäß auch mit der Ernennung der Sachverständigen selbst. Sergeant und Parmentier, die in Aussicht genommen waren, haben aus persönlichen Gründen abgelehnt. Es kommen jetzt in Frage der zweite Direktor der Bank von Frankreich, Quésnot, und der Professor der Rechte an der Universität der Sorbonne, Allig. Wahrscheinlich wird man auch die Gesamtantwort der Alliierten an Deutschland beraten, die jetzt, im Gegensatz zu dem bisherigen Standpunkt, wieder als notwendig erachtet wird. Der Ort der Tagung ist noch nicht festgesetzt, obwohl gestern in belgischen Blättern behauptet wurde, daß nur Berlin in Frage kommen könne.

Die Endergebnisse der Berliner Kirchenwahlen

M. Berlin, 20. Nov. (Tel.) Aus den Groß-Berliner Gemeinden liegen nunmehr die endgültigen Ergebnisse der Kirchenwahl vor, die allerdings nach einer amtlichen Bestätigung bedürfen. Es sind insgesamt gewählt: 1698 Kirchendörfer, 6888 Gemeindevorsteher, mithin also 8284 Mitglieder der Gemeindeförperschaften. Die kirchenpolitische Gruppierung ergibt folgendes Bild: Katholische Union 3938, Evangelische volkfräuliche Vereinigung (Mittelpartei) 510, Freunde der freien Volkskirche (Liberalen) 1349, Bund für Deutsche Kirche 56, Religiöse Sozialisten 20, Überparteiliche 2464.

Eine wesentliche Verschiebung der kirchenpolitischen Gruppierung gegenüber dem bisherigen Stand ist nicht eingetreten. Da jedoch die Zahl der als überparteilich bezeichneten Gemeindevorsteher gestiegen ist, kann mit einer endgültigen Klärung der kirchenpolitischen Kräfteverhältnisse erst dann geredet werden, wenn Anfang nächsten Jahres die Wahlen zu der brandenburgischen Provinzialsynode stattgefunden haben.

Die Radikalen zur neuen Regierung Poinecaré

M. Paris, 20. November. (Tel.) Der Vorstand der französischen radikalen Kammerfraktion hat in einer gestern abgehaltenen Sitzung zur Stellung der Fraktion gegenüber der neuen Regierung den Beschluß gefaßt, nicht eine systematische Opposition zu betreiben, sondern die Aktionsfreiheit zu wahren. Je nach den Umständen werde die Fraktion das Kabinett unterstützen, bekämpfen oder sich der Stimme enthalten. Was die 14 Mitglieder anbelangt, von denen 7 bei der letzten Abstimmung über die Vertrauensfrage dem Kabinett entgegen der Parole, sich der Abstimmung zu enthalten, für, und die anderen sieben, gegen die Vertrauensfrage gestimmt haben, so werden sie vor dem Exekutiv-ausschuß der Partei sich verantworten und mit einer ernsten Verantwortung rechnen müssen.

Aufstand an der Nordwestgrenze Indiens

M. London, 20. Nov. (Tel.) „Daily News“ berichtet aus Kalkutta: Unter den wilden Stämmen an der Nordwestgrenze Indiens sei ein neuer Aufstand ausgebrochen, der anscheinend auf die von König Amanullah von Afghanistan eingeführten europäischen Reformen zurückzuführen sei. Der Verkehr auf der Hauptstraße Datta-Jalalabad zwischen Indien und Afghanistan sei von Banden aufgehalten worden. Zwei britische Untertanen seien entführt worden, und es werde berichtet, daß die britischen Luftstreitkräfte eingegriffen hätten. Man spreche von einer starken Strafexpedition und dem Zusammenwirken zwischen indischen und afghanischen Truppen.

Die Hungersnot in China

M. Peking, 20. Nov. (Reuter-Tel.) Nach den letzten im internationalen Ausmaß zur Bekämpfung der Hungersnot in China eingegangenen Berichten sind 12 Millionen Menschen im mittleren und nördlichen China vom Hungertod bedroht. Man fürchtet, daß diese Zahl auf 20 Millionen anwachsen wird, wenn die Not den Gipfelpunkt erreicht. Der Hilfsauschuß befaßt zur Milderung des Elends einer Summe von mindestens 40 Millionen mexikanischer Dollars.

Arbeitsgemeinschaft zwischen Bayerischer Volkspartei und Welfen. Die Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei und der Deutsch-Dannoverschen Partei im Reichstag haben sich unter Wahrung völliger Selbstständigkeit zwecks stärkerer Beteiligung an den Ausschuhstimmungen zu einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt.

* Stresemanns Rede

Die Bedeutung von Stresemanns großer außenpolitischer Rede im Reichstag wird auch von der englischen Presse anerkannt und unterstrichen. Ganz richtig empfand man drüben die Rede als eine Anklage, und zwar als eine Anklage an die Staatsmänner Frankreichs und Großbritanniens, dahingehend, daß sie in der Angelegenheit der Rheinlandräumung immer noch eine Haltung an den Tag legen, die mit dem Locarnopakt und seinem Sinn einfach unvereinbar ist, und daß sie Flottenkompromisse abgeschlossen hätten, deren faktisch sehr weitreichende Vereinbarungen an den Grundlagen dieses Paktes rührten. Gottlob kann man ja nun das englisch-französische Flottenabkommen als erledigt betrachten.

Es war gut und notwendig, daß der deutsche Reichsaussenminister seine Rede auf den Ton der Anklage gestimmt hat. Und vielleicht wären wir heute um ein paar Schritte weiter, wenn wir bereits früher in diesem Tone gesprochen hätten. Zumal ja das ganze deutsche Volk in diesem Punkte mit dem verantwortlichen Leiter unserer Außenpolitik übereinstimmt.

Diese Übereinstimmung hat sich auch gestern wieder im Reichstag gezeigt. Dabei ist der Reichsaussenminister ermuntert worden, bei unmöglichen Forderungen nun endlich auch einmal ein ehrliches deutsches Nein auszusprechen. In einer Beziehung ist dieses Nein bereits von Dr. Stresemann selbst verkündet worden, nämlich, als er erklärte, Deutschland werde die Räumung nicht mit Gegenleistungen finanzieller Art erkaufen. Deutschland habe einen Rechtsanspruch auf die alsbaldige Räumung und werde diesen Rechtsanspruch weiterhin geltend machen. Mit Genugtuung hat der Minister festgestellt, daß noch vor wenigen Tagen von mghgebender britischer Seite anerkannt wurde, daß die Räumung und die Reparationsfrage zwei völlig getrennte Dinge seien.

Zur Sache selbst hat Stresemann die Auffassung unseres Volkes folgendermaßen formuliert: „Es war für uns eine tiefe Enttäuschung, daß wir mit unserem Anspruch in Genf nicht durchgedrungen sind. Unsere Verhandlungsgegner haben dort Ansichten vertreten, die wir rechtlich nicht anerkennen können, und die politisch das Gegenteil einer Förderung der gemeinsamen Interessen der beteiligten Völker sind. Der bisherige Verlauf der Räumungsverhandlungen hat bei uns das Vertrauen auf den guten Willen der Gegenseite ernstlich beeinträchtigt. Und die freundlichen, ja zum Teil herzlichen Worte an Deutschland verlieren ihre Wirkung in Deutschland, wenn ihnen die moralische Fundierung fehlt; und eine solche moralische Fundierung muß fehlen, solange wir mit der Anwesenheit fremder Besatzung zu rechnen haben, und dies um so mehr, als leider festzustellen ist, daß auch der Geist der Besatzung in den Rheinlanden selbst einen Rückschlag erfahren hat.“

Das sind sehr ernste Anklagen, und wir wollen nur hoffen, daß sie drüben ihrem vollen Werte nach gewürdigt werden. Auch in der Reparationsfrage hat sich Stresemann mit großer Bestimmtheit ausgedrückt. Er hat erklärt, daß von einer wirklichen Lösung dieser Frage nur dann gesprochen werden kann, wenn sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht übersteigt, das heißt, wenn sie uns die Erfüllung unserer Verpflichtungen dauernd aus eigener Wirtschaftskraft und ohne Gefährdung der Lebenshaltung unseres Volkes ermöglicht.

Wenn wir oben sagten, daß das ganze deutsche Volk geschlossen hinter der amtlichen Außenpolitik Stresemanns steht, dann gilt das sogar bis zu einem gewissen Grade auch für die Deutschnationalen, deren Sprecher, Graf Westarp, sich gestern sehr maßvoll geäußert hat. Nur in einem, allerdings sehr wichtigen Punkte, besteht eine Differenz zwischen der Auffassung der Deutschnationalen und der unserer amtlichen Außenpolitik: während Stresemann auch gestern wieder mit allem Nachdruck betont hat, daß er trotz jener Enttäuschungen die Politik von Locarno fortsetzen wolle, vertreten die Deutschnationalen die Meinung, daß man die Locarnopolitik nunmehr zu verabschieden habe. Leider sagen uns die Deutschnationalen aber nicht, was man dann an die Stelle dieser Politik setzen soll.

Wie ist nun das Echo der Stresemannschen Rede in Frankreich? Nach den bis jetzt vorliegenden Pariser Pressestimmen zu urteilen, nicht ungünstig. Man bespricht die Einzelheiten der Rede relativ ruhig und höflich und geht an der Tatsache, daß sie eigentlich eine Anklage dar-

steht, nicht vorbei. Mit einer gewissen Geflissenheit wird betont, daß Stresemann trotzdem die Fortsetzung der Locarnopolitik proklamiert habe. Offenbar hört man dies in Paris nicht ungern. Schließlich nimmt man auch Notiz davon, daß Stresemann in der Tat im Namen des ganzen deutschen Volkes gesprochen hat. Soffentlich wird die Wirkung der Rede auch auf die maßgebenden Staatsmänner in Frankreich nicht ausbleiben.

Zur Panzerkreuzerdebatte im Reichstag

Schreibt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Schäfflin im „Karlshofener Volksfreund“ u. a.:

In den Wandelgängen des Reichstags gab es genug Leute, die eifrig die Ansicht weiter kolportierten, daß die Rede des Genossen Wels den Opponenten erleichtert habe. Ihre Wirkung führte ja auch zu einer Kabinettsitzung und Besprechung der Parteiführer. Um es offen zu sagen: ihrer tatsächlichen Einstellung wegen hat sie auch innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion keineswegs durchgängige Freude und Zustimmung ausgelöst. Wortlaut und Inhalt der Wels'schen Rede sind es weniger, die in der bürgerlichen Mitte stark verschluckt haben; es galt von ihr vielmehr das Wort: Allein der Vortrag macht des Redners Glück. Und wenn Otto Wels gar noch darauf durch Zwischenrufe geantwortet wird, wie es ihm am vergangenen Donnerstag widerfahren ist, vermag er im Tone und in der Geste „sehr volkstümlich“ zu werden. Auch das sei noch gesagt: es müßte für die Zukunft wirklich nicht nur vermieden werden, daß unsere sozialdemokratischen Minister ohne Rücksprache mit der Fraktion Beschlüsse fassen wie den am 10. August, es darf sich auch nicht mehr wiederholen, daß der Parteivorstand in einer so ernsten politischen Frage ebenfalls ohne Rücksprache mit der Fraktion, Anträge ankündigt, die einer gewissen Auffassung und Stimmung in der Partei entsprechen, deren tatsächliche Behandlung wahrscheinlich etwas anders geraten wäre, wenn die Fraktionen vorher gehört worden wäre. Wenn man Koalitions-, d. h. Regierungspolitik treiben will — und das wollen wir doch — müssen auch besonders sorgfältig die tatsächlichen Handlungen abgesehen werden.

Der Sozialdemokratie war es ehrlieh um die Verhinderung des Baues des Panzerkreuzers A zu tun, aus Gründen, die hier wiederholt dargelegt worden sind. Die Sozialdemokratie ist deshalb keineswegs und grundsätzlich eine Gegnerin einer den heutigen Verhältnissen angepaßten Wehrmacht. Das haben erneut vorgestern und gestern die Genossen Wels und Reichsheim klar und eindeutig ausgesprochen. Und wir glauben heute schon mit Sicherheit annehmen zu dürfen, daß sowohl der bevorstehende Entwurf der Programmkommission, wie der nächste Parteitag sich im gleichen Sinne entscheiden werden. Weiter: Zwei Reichstage haben sich für das Panzerschiff ausgesprochen. Die Sozialdemokratie wird natürlich auch den weiteren Gängen dieses Schiffes ein Bein entgegenzusetzen; aber der politische Kampf um den Weiterbau wird mit der gestrigen Tagung beendet sein. Es wird auch ohne fernere Panzerkreuzerdebatten weder an politischer Arbeit, noch an Konfliktstoffen fehlen. Legt Herr Gröner den offenbar bestellten Plan vor, wie er die Wehrmacht zu Wasser und zu Lande ausbauen will, wird sich ohnehin Gelegenheit zu einer umfassenden Aussprache bieten.

Die Panzerkreuzerkrise ist überwunden. Man kann nicht behaupten, daß sie sich annähernd und erhebender präsentiert hätte, als frühere Krisen, auch die Wähler dürften an solchen Krisen wenig Freude haben.

Sozialdemokratie und politische Lage. Parteiaussschub, Parteivorstand und Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschäftigten sich am Montag mit der gegenwärtigen politischen Situation. Nachdem in einer ausgiebigen Debatte — laut „Vorwärts“ — ein einmütiges Einverständnis mit der Reichstagsrede Otto Wels vom 16. Nov. zum Ausdruck kam, wurde die Haltung der Reichstagsabgeordneten gutgeheißen. Besondere Beschlüsse wurden nicht gefaßt, dem Parteivorstand wurde aufgegeben, wenn die Verhandlungen über die Umbildung der Regierung in Fluß kommen, den Parteiaussschub wieder zusammenzurufen.

Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Dörmüller, befindet sich zur Zeit in Paris zur Teilnahme an der alljährlich stattfindenden Vollversammlung des Internationalen Eisenbahnverbandes. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft ist ebenso wie die übrigen Eisenbahnverwaltungen des Kontinents dort Mitglied, und ihr jeweiliger Generaldirektor hat den stellvertretenden Vorsitz des Verbandes. Der Internationale Eisenbahnverband bemüht sich um das Zusammenarbeiten der aneinander stoßenden Eisenbahnnetze des Kontinents im Verkehr und in der Technik.

Sachsen und die Steuervereinfachung. Das sächsische Gesamtministerium hat beschlossen, in der bevorstehenden Plenarsitzung des Reichsrates die Verlegung der endgültigen Beschlußfassung zu dem Gesetzgebungswerk über die Steuervereinfachung zu beantragen, damit inzwischen eine Klärung über die Gestaltung des Reichsfinanzausgleichs herbeigeführt werden könne, insbesondere darüber, ob die Länder und Gemeinden mit ihren bisherigen Einnahmen rechnen können. Sollten vom Reichsfinanzministerium keine befriedigenden Erklärungen in dieser Beziehung abgegeben werden, so wird Sachsen im Reichsrat gegen das Gesetzgebungswerk stimmen.

Dreißigjähriges Jubiläum der Deutschen Sportbehörde. Aus Anlaß des dreißigjährigen Bestehens der Deutschen Sportbehörde fand am Sonntag in der städtischen Oper von Charlottenburg eine Gedenkfeier statt, zu der u. a. Reichsminister Severing, Reichstagspräsident Löbe, General Hebe, Erz. Dr. Senald erschienen waren. Der Rektor der Berliner Universität, Geh. Rat Prof. Dr. Bis, hielt die Festrede über das Thema „Körper, Geist und Seele“. Er betonte hierin, daß Sport keine flüchtige Mode unserer Zeit, sondern eine immer mehr steigende Entwicklung, eine volksgesundheitliche Mission gegen die Schäden des Berufes sei. Der Präsident des Deutschen Reichsausschusses, Dr. Senald, sowie der Förderer des deutschen Sports, Professor Huppe, wurde zu Ehrenmitgliedern der Deutschen Sportbehörde ernannt.

Neuer Sensationsprozess in Budapest. Vor dem Budapest'schen Strafgerichtshof begann die Verhandlung gegen den Polizeihauptmann v. Szasz, welcher der Unterschlagung, Untreue und mehrfacher Urkundenfälschung beschuldigt wird. Der Angeklagte soll in den Jahren 1925 und 1926 als Leiter des Speisebetriebes der Budapest'schen Oberstadthauptmannschaft dem Staate einen Schaden von etwa 180 000 Pengo verursacht haben. Er soll ferner eine Menge von Lebensmitteln, Delikatessen und teuren Getränken in seine Wohnung geschafft und einen außerordentlich verschwenderischen Lebenswandel geführt haben. Er stellte übrigens bei seinem Verhör jede Schuld in Abrede. Das Unternehmen habe von Anfang an mit Defizit gearbeitet; aber er hätte auf Weisung der Kontrollkommission die Bücher so führen müssen, als ob der Betrieb einen Nutzen abwerfe.

Der Reichsaussenminister zur Lage

Räumung, Abrüstung und Reparationen

Zu Beginn der Reichstagsitzung am Montag hielt Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann seine angekündigte große außenpolitische Rede. Er dankte einleitend dem Reichskanzler für die Leitung der deutschen Delegation in Genf und erklärte, daß er für alle Schritte, die von Deutschland in den letzten Monaten auf außenpolitischem Gebiet getan worden sind, nicht nur „sondern“ Grund übereinstimmender Anschauungen die Verantwortung übernehme. Drei Fragen stellte er in den Mittelpunkt seiner Erklärungen: Die Frage der Räumung, der Abrüstung und vor allem die Lösung der Reparationsfrage.

Vor der Vollversammlung des Völkerbundes habe die deutsche Regierung angekündigt, daß sie die Räumungsfrage in Genf aufwerfen werde. Bis in weite Kreise des Auslandes hinein empfinde man die Befreiung deutschen Gebietes als einen trafen Gegensatz zu der Entwicklung der Politik der letzten Jahre. Es war für das deutsche Volk eine tiefe Enttäuschung, daß wir mit unserem Anspruch in Genf nicht durchgedrungen sind. Die Auffassung unserer Verhandlungspartner können wir nicht anerkennen. Deutschland wird unbeirrt dabei beharren, daß es einen Anspruch auf alsbaldige Räumung des ganzen besetzten Gebietes hat. Es wird in seinem Recht verbleiben, so lange dieser Anspruch nicht erfüllt wird. Politische Belastungen für die Räumung, deren Wirkung sich über die Dauer der vertagsmäßigen Befestigungsfristen erstrecken, kommen für uns nicht in Betracht, ebenso wenig auch finanzielle Gegenleistungen für die Räumung. Mit Bedauern stellte Dr. Stresemann fest, daß auch der Geist der Befestigung in den Rheinländern einen Rückschlag erfahren habe. Zu den Behauptungen, daß die deutsche Außenpolitik sich als verfehlt erwiesen habe, betonte Dr. Stresemann, er halte es für notwendig, für ihre Grundlinie und deren konsequente Fortsetzung in voller Öffentlichkeit einzutreten. Diese Politik sei die Grundlage für alle Forderungen, die wir im Interesse unseres Landes stellen müssen.

Bezugnehmend auf das englisch-französische Abkommen, das nach den letzten Nachrichten als erledigt anzusehen sei, betonte Dr. Stresemann, daß private Abreden nicht darauf hinauslaufen dürfen, den beteiligten Ländern Rüstungsfaktoren zu garantieren, an denen ihnen am meisten gelegen ist. Wichtiger seien die politischen Bedenken. Es werde Sinn und Bestehen eines Paktes widersprechen, wenn der Garant militärische Vereinbarungen mit einer der an dem Pakt beteiligten Mächte treffe. Dr. Stresemann stellte fest, daß derartige Bedenken durch Erklärungen der verantwortlichen Vertreter der Mächte der Boden entzogen sei.

Die wichtigste Aufgabe der deutschen Außenpolitik und der deutschen Finanzpolitik sei die Lösung der Reparationsfrage. Wenn das Sachverständigenkomitee seinen Zweck erfüllen soll, muß es sich frei wissen von einseitigen politischen Beeinflussungen und sich leiten lassen von dem allgemeinen Interesse am Ausbau der Weltwirtschaft. Die Freiheit der Entscheidungen bleibt den Regierungen selbstverständlich gewahrt. Der Augenblick für internationale Verhandlungen über den Inhalt der Endregelung und für die politischen Entscheidungen der Regierungen wird aber erst dann gekommen sein, wenn das Ergebnis der Sachverständigenarbeit vorliegt. Die Reichsregierung beschränkt sich einstweilen darauf, zu betonen, daß von einer wirtschaftlichen Lösung der Reparationsfrage nur dann gesprochen werden kann, wenn sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Deutschland nicht übersteigt und die Erfüllung unserer Verpflichtungen dauernd aus eigener Wirtschaftskraft und ohne Gefährdung der Lebenshaltung unseres Volkes ermöglicht. So lange eine den wirtschaftlichen Möglichkeiten entsprechende Lösung fehlt, besteht eine gefährliche Unsicherheit für Wirtschaft und Finanzen.

Zum Schluß seiner Ausführungen hob Dr. Stresemann die Bedeutung der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes hervor. Der Pakt bedeute das, was die Regierungen und die Völker selbst aus ihm machten.

Die Rede Dr. Stresemanns, der nach seiner langen Krankheit mit frischem Organ sprach, wurde von zahlreichen Zustimmungsaussagen unterbrochen. Am Schluß seiner Ausführungen setzte lebhafter Beifall ein. Insbesondere wurden die Ausführungen über die Befestigungs- und Räumungsfrage von sich steigender Zustimmung begleitet.

Die Redner der Parteien

Als Vertreter der stärksten Oppositionspartei — Präsident Löbe — erhielt nach dem Minister der deutsch-nationale Abgeordnete Graf von Westarp das Wort. Er sah das Ergebnis der Genfer Verhandlungen darin, daß namentlich die Verständigungspolitik des Außenministers und vor allem die Locarnopolitik ihren negativen Abschluß gefunden habe. Nun müsse die deutsche Regierung für ihre künftige Außenpolitik die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen. Der von Frankreich in der Räumungs- und Reparationsfrage eingenommene Standpunkt sei unannehmbar. Deutschlands Leistungsfähigkeit werde weit überschätzt. Für die Durchführung der Räumung dürften von Deutschland keine weiteren Opfer verlangt und gebacht werden. Schließlich verlangte der Redner die Revision des Versailleser Vertrages und vor allem die Beseitigung des polnischen Korridors.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Kaas wies die im Verfolg eines „Germania“-Artikels vielfach geäußerte Auffassung zurück, daß das Zentrum sich von der Außenpolitik Dr. Stresemanns trennen wolle. Er wandte sich scharf gegen die von französischer Seite in der Räumungs- und Reparationsfrage vertretene Auffassung und erklärte, die Rheinlandsräumung dürfe unter keinen Umständen erkaufte werden mit deutschen Verpflichtungen, die über die im Versailleser Vertrag festgelegte Befestigungsdauer hinausgehen. Scharfe Kritik übte der Redner an der jüngsten Entwicklung der englischen Außenpolitik, die sich ganz in den Bahnen der französischen Wünsche bewege. Wäre tatsächlich ein englisch-französisches Militärabkommen zustande gekommen, so hätte das das Ende der Locarnoabmachungen bedeutet.

Der demokratische Abgeordnete Dr. Dernburg erklärte, ihn hätten die demokratischen Organisationen des Rheinlandes zu der Erklärung ermächtigt, daß die Bevölkerung des besetzten Gebietes trotz des dringenden Wunsches nach beschleunigter Räumung die Erfüllung dieses Wunsches nicht durch weitere Opfer des Reiches erkaufen sehen möchte. Der Redner stimmte im wesentlichen den Ausführungen des Ministers zu und erklärte, wie vorher schon der Zentrumsvorredner, daß an der Verständigungspolitik trotz aller Enttäuschungen festgehalten werden müsse.

Auf diesen Ton waren auch die Ausführungen des folgenden Redners, des Abg. Dr. Brecht (Wirtschaftspartei) gestimmt. Er stellte mit dem Ausdruck des Bedauerns die wenig verständigungsberete Handlung der Vertragsgegner Deutsch-

lands in der Abrüstungs- und Räumungsfrage fest, meinte aber, Deutschland werde durch sein eigenes Interesse auf dem Weg der Verständigungspolitik gedrängt und müsse in seinen Parteien eine außenpolitische Einheitsfront herstellen.

Am heutigen Dienstag vormittag wurde die Debatte weitergeführt. Es soll heute die außenpolitische Debatte zu Ende geführt werden. Mit Interesse erwartet man besonders die Redner der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei, nämlich die Abgeordneten Dr. Reichsheim und Reichsheim von Rheinbaben.

Nach Beendigung der Aussprache wird sofort über die dazu vorliegenden Anträge abgestimmt werden, die sich auf die Lage des besetzten Gebietes beziehen. Die Einbringung eines besonderen Vertrauensvotums ist von den hinter der Regierung stehenden Parteien nicht beabsichtigt. Ein nationalsozialistischer Mißtrauensantrag gegen den Reichsaussenminister Dr. Stresemann liegt vor.

Abg. Münzberg (Komm.) sagt, die mit Unterstützung der Sozialdemokraten geführte deutsche Außenpolitik habe einen durchaus imperialistischen Charakter. In der Reparationsfrage habe sich die Voraussage der Kommunisten erfüllt, daß der Dawesakt nur den Zweck verfolgte, die ganze Last des verlorenen Krieges den Arbeitern aufzubürden. Deutschland wolle sich in den Bund der westlichen kapitalistischen Mächte gegen Sowjetrußland eingliedern.

Abg. Reichsheim von Rheinbaben (D.D.P.): Die Volkspartei ist mit den Ausführungen des Ministers einverstanden. Deutschland hat jetzt den Kampf für seine Rechte auszufechten. Es ist notwendig, daß dieser Kampf auch durch die deutsche Volksvertretung unterstützt wird. Wir können nicht weiter, wenn jede Partei ihre Sonderforderungen stellt. Graf Westarp verlangt Schluß mit der Locarnopolitik. Wir sagen demgegenüber: Deutschland ist durch diese Politik gefährdet worden gegen eine Wiederholung des Ruhrereignisses. Deutschland hat seinen wirtschaftlichen Wiederaufstieg nur unter der Locarnopolitik beginnen können. Es wäre die größte Dummheit, wenn wir uns von der Locarnopolitik zurückziehen würden.

Der Arbeitsplan des Reichstages

DDP, Berlin, 20. Nov. (Tel.) Der Aussenrat des Reichstages hielt am Dienstag früh eine kurze Sitzung ab. Nach seinen Beschlüssen wird sich der Reichstag heute nachmittags nach Abschluß der außenpolitischen Debatte bis zum Dienstag der nächsten Woche vertagen. Außer seinen Vorlesungen sollen dann im Laufe der nächsten Woche beraten werden: das Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat, die Handwerksnovelle zur Gewerbeordnung, die Arbeitslosenunterstützung der Saisonarbeiter, das Strafvollzugsengesetz, das Schankstättengesetz und Anträge aus dem Hause, darunter zuerst diejenige der Sozialdemokraten über die Abschaffung der Reichsregierung des außerrechtlichen Kindes, sodann Anträge der Deutschen Nationalen zur Technischen Hilfswelle. Über die darauffolgende Woche konnten Dispositionen noch nicht getroffen werden. Selbstverständlich werden aber die Tage, an denen der Zentrumsparteitag in Düsseldorf stattfindet, also etwa vom 6. bis 9. Dezember, sittingsfrei bleiben.

Die internationale Autausstellung in Berlin ist am Sonntagabend um 9 Uhr geschlossen worden. Man schätzt die Gesamtzahl der Besucher auf 600 000, ein sichtbarer Beweis für das große Interesse, das der Ausstellung entgegengebracht wurde.

Zum Schiedspruch für die Rheinschiffahrt. Der kürzlich gefällte Schiedspruch für die Rheinschiffahrt ist auf Antrag des Arbeitnehmerverbandes und Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Der Arbeitsvertrag läuft bis Frühjahr 1929. Bis dahin soll durch ein Gutachten über die Lage der Rheinschiffahrt Material für einen neuen Tarifvertrag gewonnen werden.

Fremdenber Fabrik war verhaftet. Wie die „Voss. Zig.“ durch eine private Mitteilung aus Nebraska erfährt, ist dort vor kurzem der seit Jahren gefugte Fremdenber August Fabrik, angeblich wegen Diebstahls, verhaftet worden. Die amerikanische Dienststelle fragte an, ob es sich um den gefugten Fremdenber handle. Die Berliner Polizei hat sofort eine bejahende Antwort erteilt. Eine Rückführung aus Amerika liegt bisher nicht vor.

Großes Erdölvorkommen in Hannover. Bei Bohrungsarbeiten bei der Erdöl-Verwaltung H. G. in Oberg erfolgte eine ziemlich starke Erleuchtung. Man ist mit weiteren Arbeiten beschäftigt und erwartet einen großen Fund, der den letzten vom April d. J. noch übertrifft dürfte.

Die Spaltungsbewegung in der polnischen Sozialdemokratie ist noch nicht abgeschlossen. In den letzten Tagen haben sich zwei weitere sozialistische Sejmabgeordnete der sogenannten revolutionären Fraktion der polnischen Sozialdemokratie angeschlossen, so daß jetzt die Zahl der pilsubitzischen sozialistischen Sejmabgeordneten acht beträgt.

Abreise Hoover's nach Südamerika. Hoover tritt heute von San Pedro (Kalifornien) an Bord des Kriegsschiffes „Maryland“ seine Südamerikareise an.

Der Erreger des Gelbfiebers entdeckt

Im Verein für Innere Medizin zu Berlin berichtete, laut „Voss. Zig.“, Prof. Dr. Kugnycki über die Entdeckung des Erregers des Gelbfiebers, an dem er selbst und seine Assistenten schwer erkrankt waren. Kugnycki hat bei seinen Kulturversuchen festgestellt, daß der Erreger eine Bakterienart ist, über deren Systematik er noch nichts aussagen konnte. Daß die Kultur des Bakteriums eine krankmachende Wirkung besitzt, bezeugte die Erkrankung von ihm selbst und seiner Assistenten. Aber auch eine immunisatorische Wirkung konnte Kugnycki durch diese Kulturen feststellen, indem er aus ihnen Sera herstellte, nach deren Einprägung das Versuchstier am Leben blieb. Weitere Untersuchungen will er im Tropenhygienischen Institut in Hamburg vornehmen.

Schiffsuntergang im Nordostsee-Kanal

DDP, Brunsbüttel, 20. Nov. (Tel.) Der Dampfer „Sultan“ der Reederei Ernst Komrowski, Hamburg, traf am Montagabend, von der Ostsee kommend, mit einer Ladung Kiehlholz für Holland hier ein. Infolge der zu reichlichen Ladung hatte er Schlagschiffe. Bei dem Versuch den Ladungsausgleich herbeizuführen, legte sich der Dampfer nach Vordortheite. Das Schiff sank immer mehr und mußte von der Besatzung geräumt werden. Heute früh lag das Schiff mit Rumpfende in seiner ganzen Länge bis an die Masten, also über die Hälfte, im Wasser.

Die Verhaftung Harry Domelas.

Die auf der Ebernburg bei Münster am Stein erfolgte Verhaftung Harry Domelas ist von der Staatsanwaltschaft III, Berlin, veranlaßt worden. Gegen Domela schwebt zur Zeit ein Strafverfahren wegen angeblicher Miets- und Kreditfälschungen, die Domela in der Zeit vom Februar bis April dieses Jahres in Richterfelde und Friedenau begangen haben soll. Es handelt sich dabei um eine Summe von einigen hundert Reichsmark.

Badischer Teil

60. Geburtstag von Professor Dr. Mach, Augustenberg

Der Direktor der Staatlichen Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg bei Gröningen i. B., Prof. Dr. F. Mach, vollendet am 21. November 1928 sein 60. Lebensjahr. Er wurde im Jahre 1868 zu Tilsit geboren. Nach Absolvierung des dortigen Gymnasiums ging er zum Studium der Chemie über und promovierte in Königsberg zum Dr. phil. Als er im Jahre 1908 vom badischen Staate als Direktor der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt berufen wurde, war er Abteilungsleiter an der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Marburg.

Der morgige Tag gibt Anlaß auf die großen Verdienste hinzuweisen, die sich Prof. Mach in zwanzigjähriger Tätigkeit um die Badische Landwirtschaft erworben hat. Insbesondere hat seit seiner Berufung im Jahre 1908 die Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg sich einer stetigen und erfolgreichen Entwicklung erfreuen dürfen. Auch hat Prof. Mach es verstanden, das Ansehen der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg weit über die Grenzen des engeren Heimatlandes zu fördern.

Dank seiner reichen Erfahrungen auf dem Gesamtgebiete der Landwirtschaft wurde Prof. Mach in zahlreiche wissenschaftliche Kommissionen gewählt; u. a. gehört er seit Jahren dem Verbande der Deutschen Landwirtschaftlichen Versuchsanstalten als Vorstandsmitglied an, ferner ist er Mitglied des Reichsausschusses für Weinforschung, sowie des Ausschusses zur Förderung des Tabakbaues.

Wir wünschen dem Jubilar für die Zukunft das Beste und hoffen, daß er im Interesse der Badischen Landwirtschaft ihr noch lange erhalten bleibt.

Post und Wirtschaft

Von Zeit zu Zeit versammelt die Oberpostdirektion Karlsruhe die Vorsteher der Verkehrsämter ihres Bezirks, um mit ihnen Neuerungen in Verwaltungs- und Betriebsdienst und sonstige Fragen allgemeiner Natur, die von größerer Tragweite sind, zu erörtern und gleichzeitig mit ihnen die Wirtschaftslage des Bezirks und die Wirtschaftsbereitungen der Deutschen Reichspost zu besprechen. Diese Zusammenkünfte werden auch zur Befestigung größerer industrieller Betriebe benutzt, um den Vorstehern Gelegenheit zu geben, einen Einblick in den Betrieb und die Leistung größerer privatwirtschaftlicher Unternehmungen zu gewinnen und Rückschlüsse für den eigenen Betrieb zu ziehen.

Eine solche Besichtigung fand bei der Nähmaschinenfabrik Karlsruhe vorm. Gaid & Neu am 15. November, unter Führung des Präsidenten der Oberpostdirektion, Lämmlein, durch 40 Vorsteher von Ämtern des südlichen Teils des Bezirks statt. Die Besichtigung der ausgedehnten, in vollem Betrieb befindlichen Werke unter Führung von Ingenieuren der Fabrik hat sehr viel Sehenswertes und Interessantes. Beim Gang durch die verschiedenen Werkstätten: Schmiede, Lackieranstalt, Schleiferei, Polieranstalt, Vernickel-, Montageabteilung, Sieder- und mit mächtigen Kupfeln, lernten die Besucher auch die modernsten Form- und Gußmaschinen, kennen und sahen die vielen Arbeitsvorgänge, die erforderlich sind, bis aus den verschiedensten Rohstoffen die Fertigfabrikate, die Nähmaschinen, für die verschiedensten Zwecke in höchster Vollendung hervorgehen, die nicht nur auf dem Festlande, sondern auch hauptsächlich nach überseeischen Ländern abgesetzt werden. Allgemein herrschte dabei die Überzeugung, daß die Nähmaschinenfabrik Gaid & Neu nicht nur ein technisch musterhaft geleiteter und nach den neuesten Erfahrungen und Erfindungen arbeitender Betrieb ist, sondern daß auch die hygienischen und sozialen Arbeitsbedingungen den Anforderungen der Neuzeit entsprechen.

Nach einem erläuternden Vortrag des Direktors Streicher über die in den letzten Jahren erfolgte Umstellung und die durchgeführte Rationalisierung und Mechanisierung des Betriebs übermittelte der Präsident der Oberpostdirektion, Lämmlein, der Firma den herzlichsten Dank für die Bereitwilligkeit, den Beamten der Deutschen Reichspost einen Einblick in ihren ausgedehnten und interessanten Betrieb zu ermöglichen, wobei er mit seiner vollen Anerkennung über das Gesehene nicht zurückhielt.

Zum Bau des Sädinger Kraftwerkes

Id. Sädinger, 20. Nov. Zur Prüfung der technischen Möglichkeiten für das geplante Rheinkraftwerk Sädinger, das der Gemeindeverband Oberheim erstellen wird, wurden oberhalb der vorgesehene Wehrstrecke noch weitere Tiefbohrungen ausgeführt. Diese haben nun ergeben, daß das geplante Kraftwerk nur noch wenige hundert Meter unterhalb der Rheinbrücke gebaut werden könne. Es wird angeregt im Zusammenhang damit auch die neue Rheinbrücke zu erstellen.

Aus den Parteien

In Kastatt fand eine Konferenz des Zentrums für den 12. badischen Landtagswahlkreis Kastatt-Baden statt, in der einmütig als Spitzenkandidat für die kommenden Landtagswahlen aufgestellt wurden: 1. Justizminister Dr. Trunk, 2. Landtagsabgeordneter und Stadtrat Kühn, Karlsruhe, 3. Stadtrat Ulrich, Schmiedemeister und Landwirt in Baden-Baden. Der Anwesende Parteichef, Prälat Dr. Schöfer, sprach über die politische Lage. Minister Dr. Trunk und Stadtrat Kühn erklärten sich in kurzer Rede wiederum zur Übernahme eines Mandats bereit.

In Weibach fand eine gut besuchte Vertrauensmännerversammlung des Zentrums statt, bei der Regierungsrat Eichenlaub, Karlsruhe, M. d. L., über die politische Lage im Reich und in Baden referierte. In der Aussprache wurde die dringende Umgestaltung des Landtagswahlgesetzes von 1884 gefordert und zur Wahlhilfe für die Landtagswahl 1929 eingehend Stellung genommen.

Die Deutschnationale Volkspartei hielt in Lauba eine Wahlkonferenz für den 22. Landtagswahlkreis ab, wobei einstimmig folgende Spitzenkandidaten aufgestellt wurden: Landtagsabgeordneter Ortler, Bürgermeister in Sackensflur, Alfons Kaufmann, Landwirt in Waldbrunn, Wegert, Bürgermeister in Schweigern, Frau Paula Languth, Wertheim.

Badisches Landestheater. Im Laufe dieser Woche werden folgende Opern wiederholt werden: Am Dienstag, den 20. November, Offenbachs „Hoffmanns Erzählungen“, Carlten Dörner hat die Rolle Lindorfs (Coppelius, Papertutto, Narakel) übernommen. Erstmals in dieser Spielzeit wird „Der Rosenkavalier“ von Richard Strauss am Freitag, den 23. November, in Szene gehen. Richard Wagners „Lohengrin“ findet am Sonntag, den 25. November, statt. Der Beginn dieser Aufführung ist auf 18 Uhr festgesetzt.

Gemeinderundschau

Das kostspielige Stadthotel in Mannheim. In der letzten Zeit waren Gerüchte im Umlauf, daß die Bauarbeiten an dem städtischen Hotel an der Augustaanlage in Mannheim eingestellt seien. Diese Gerüchte sind nicht richtig, da noch über eine Million Reichsmark an Baugeldern vorhanden sind. Allerdings konnten seit einigen Wochen keine weiteren Bauarbeiten neu vergeben werden, weil ein neuer Kostenschlag aufgestellt wird. Die endgültige Höhe der Baukosten, für die bisher 3,5 Millionen bewilligt wurden, steht zur Zeit noch nicht fest, aber soviel weiß man, daß das Stadthotel ein sehr kostspieliger Bau werden soll. Mit der Eröffnung des neuen Hotels ist vor Mitte nächsten Jahres nicht zu rechnen.

Aufwertungskreis der Stadt Freiburg mit dem Staat. Der Freiburg Stadtrat berichtet: Wegen der Aufwertung des Kestlaufpreises für das ehemalige domänenärztliche Gelände im Günterstal bestanden weitgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Badischen Finanzministerium und der Stadt Freiburg. Durch das persönliche Eingreifen des Finanzministers Dr. Schmitt ist es nunmehr gelungen, den Streitfall durch einen Vergleich beizulegen, der den beiderseitigen Interessen Rechnung trägt. Der Stadtrat fühlt sich veranlaßt, dem Finanzminister für die wohlwollende Behandlung der Angelegenheit den verbindlichsten Dank auszusprechen.

Bürgermeisterwahlen. Am Sonntag fand in Marlen (bei Offenburg) der zweite Wahlgang zur Bürgermeisterwahl statt. Es stimmten von 57 Bürgerauswahlgangmitgliedern 55 ab. Da keiner der sieben aufgestellten Kandidaten die absolute Mehrheit erhielt, findet am Sonntag, den 2. Dezember, ein dritter Wahlgang statt. In Goldbrunn (bei Nehl) fand am Sonntag der zweite Wahlgang zur Wahl des Bürgermeisters statt. Da keiner der Kandidaten die Mehrheit mit 29 Stimmen erhielt, muß ein dritter und letzter Wahlgang stattfinden. In Ertingen wurde der bisherige Bürgermeister Bauer mit 266 von 271 abgegebenen bei 400 wahlberechtigten Stimmen gewählt.

Der Neubau des städtischen Krankenhauses Waldshut macht derzeitige Fortschritte, daß die offizielle Eröffnung bereits auf den 15. Dezember angelegt werden kann.

Wasser- und Abwasserreinigung bei Waldshut. Mit der Durchführung der Grundwasserreinigung soll demnächst begonnen werden. Die deshalb im Gelände des Kraftwerkes Waldshut vorgenommenen Bohrungen waren von Erfolg begleitet. Die Kosten der künftigen Wasserreinigung belaufen sich auf etwa 250 000 M.

Aus der Landeshauptstadt

Der Dammertod-Wettbewerb

Im Wettbewerb zur Erlangung eines Aufstellungsplanes und von Kleinwohnungsplänen für die Bebauung des sog. Dammertods wurde der erste Preis von 4500 M dem Prof. Walter Gropius in Berlin zuerkannt. Den zweiten Preis von 3000 M erhielt Architekt Otto Paesler in Celle. Vier weitere Preise von je 2000 M fielen nach Köln und Karlsruhe, zwei Arbeiten wurden um je 1000 M angekauft und drei Arbeiten lobend erwähnt.

Die Karlsruher Träger der dritten Preise sind die Professoren Schömann und Dr. Schmidt am Staatsstudium in Karlsruhe, Architekt Karl Fritz in Karlsruhe, Architekt Dr. Höfner in Karlsruhe. Angekauft wurde u. a. das Projekt von Stadtbaurat Pfäferer beim Tiefbauamt Karlsruhe. Da letzterer als städtischer Beamter nur außer Konkurrenz teilnehmen konnte, trat an seine Stelle die nächstbestenpreisierte Arbeit von Regierungsbaumeister Alfred Fischer in Karlsruhe. Lobend erwähnt wurde u. a. der Entwurf von Prof. Mebes und Architekt Freese an der Technischen Hochschule in Karlsruhe. — Die Entwürfe sind von Sonntag, den 25. d. M. bis einschließlich Sonntag, den 2. Dezember in der Städtischen Ausstellungshalle gegen freien Eintritt ausgestellt.

Für Rudolf Proschly fand im Karlsruher Krematorium am Montag eine ergreifende Trauerfeier statt. Nach einem Orgelvortrag und einem Violinolo (Konzertmeister Voigt) sprach Stadtpfarrer Seufert. Hier sei ein Leben beendet worden, das noch manches erwarten ließ. Proschly war ein Sänger und Kämpfer seiner Heimat. Namens des Verkehrsvereins sprach dessen zweiter Vorsitzender, v. d. Gehrt, Generalkonful Menzinger, der Vorhänge des Badischen Verkehrsverbandes, beklagte die junge Menschheit, die hier verloren sei. Proschly habe dem Badischen Verkehrsverband große Dienste geleistet und Anerkennung in der geistigen Welt gefunden. Verkehrsminister Lohr gedachte dann des treuen lebenswürdigen Mitarbeiters. Im Namen des Vereins Karlsruher Presse drückte dessen Vorsitzender, Redakteur Binder, das Bedauern aus über den schmerzlichen Verlust, den der Verein erlitten habe. Ein tüchtiger Kollege und Schriftsteller sei mit ihm aus den Reihen der Mitglieder gerissen worden. Weitere Kranzniederlegungen und Ansprachen folgten. Mit Orgelspiel wurde die Trauerfeier beendet. Dann fand Rudolf Proschlys Sarg in die Flammengruft.

Wegen Spionageverdachts festgenommen. Am Samstag nachmittag wurden ein 41 Jahre alter Kaufmann aus Mannheim und ein 30 Jahre alter Schlosser aus Ludwigsbafen unter dem Verdacht der Spionage in einer hiesigen Wirtschaft festgenommen, wo sie einen Oberfähnen vom Infanterieregiment 14 in Tübingen gegen Angebot von mehreren Hundert Reichsmark Dinge auszufragen versuchten.

Sechs Jahre Zuchthaus für Messerhelden. Das Schwurgericht Karlsruhe verurteilte am Montag zwei in Kastatt gefürchtete Kaufbolde, die Brüder Lutz und Karl Mertinger, Lutz zu sechs Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust und Karl zu zwei Jahren Gefängnis. Karl hatte am 3. Juni d. J. mit einem Knüttel auf ein Baden-Badener Auto, das von Karlsruhe heimwärts fuhr, am Kastatter Bahnhof nach dem Kraftwagen geworfen. Als der Unbeteiligte im Kastatter Stadtwald von den Insassen des Autos gestellt wurde, sprang sein Bruder Lutz hinzu und versetzte dem 27 Jahre alten Chauffeur des Wagens, Karl Meyer, einen Stich in die Herzgegend, der seinen Tod herbeiführte. Zwei weitere Insassen wurden durch Messerstiche leicht verletzt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Der hohe Druck über dem Festland ist noch verstärkt. Der Einfluss der nördlich England angelangenen ozeanischen Zykone beschränkt sich bei uns daher auf Bevölkerungszunahme, die heute nacht in Verbindung mit einem in der Höhe vorüberziehenden Warmluftausläufer eintrat; heute ist daher wieder mit Auflockerung zu rechnen. Die europäische Wetterlage hat jetzt eine durchgreifende Änderung erfahren, da die Warmluftzufuhr vom Ozean unterbrochen ist. Aus der Rückseite der im Norden liegenden Zykone dringt Warmluft vom Süden gegen Mitteleuropa vor. In England sind die Temperaturen stellenweise bis 8 Grad in den letzten 24 Stunden gefallen. In Verbindung hiermit liegt daher der Druck über Westeuropa, so daß unsere Witterung kühlere Charaktere erhalten wird. Wetterausichten für Mittwoch: kühlere, wechselland wolkig, mit Auflockerungen und noch vorwiegend trocken, im Gebirge Nachtfrost.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Mannheim, 20. Nov. Ein verdienter Mannheimer Schuttmann, der insbesondere als Organisator hervorgetreten ist, Direktor Heinrich Jamponi von der Realschule Mannheim-Feudenheim, ist gestern nach schwerer Erkrankung aus dem Leben geschieden. Er war 49 Jahre alt. 1879 als Sohn eines badischen Beamten geboren — sein Vater war zuletzt Direktor der Taubstummenanstalt in Meersburg —, besuchte Jamponi in Konstanz und Tauberbischofsheim das Gymnasium und studierte in Heidelberg. Im Jahre 1904 legte er das philologische Staatsexamen als Neuphilologe ab und erhielt im Jahre 1908 eine planmäßige Anstellung in Mannheim als Professor an der Oberrealschule. 1922 wurde Jamponi Direktor der von der Oberrealschule abgezweigten Feudenheimer Realschule. Diese Schule baute er, trotz beschränkter Mittel, in trefflicher und vorbildlicher Weise aus.

D. J. Heidelberg, 19. Nov. Stadtpfarrer Hugo John in Bretten wurde als Nachfolger des Pfarrers Boech für die Pfarrei Heidelberg-Neubach gewählt. Er dürfte sein Amt zu Anfang des kommenden Jahres übernehmen. Pfarrer John war seit 1921 in Bretten tätig, wo man ihn nur ungern ziehen läßt.

Id. Siedelbrunn (bei Forzheim), 19. Nov. In Gegenwart des Präsidenten Lämmlein der Oberpostdirektion Karlsruhe, des Vorsitzenden des Würm- und Enggauverkehrsverbandes Oberbürgermeister Gündert, Forzheim, von Vertretern der Staatsbehörden, Nachbargemeinden und der Presse fand am Sonntag nachmittag die Übergabe der neuen Kraftwagenhalle und damit die Eröffnung des Vollbetriebs auf der neuen Kraftstrecke Forzheim-Niefern-Siedelbrunn statt. Die seit drei Jahren vom Verkehrsverband betriebene Privatkraftlinie Niefern-Siedelbrunn ist nunmehr eingestellt worden. Die neue Linie ist die 8. vom Verband ab Forzheim angeregt Kraftlinie von den 52 bestehenden Linien im gesamten.

Id. Iffezheim (bei Baden-Baden), 19. Nov. Gestern beging Altbürgermeister Konrad Mähler seinen 80. Geburtstag. Der Jubilar stand während 18 Jahren seiner Heimatgemeinde als Bürgermeister vor.

Id. Urfflen bei Offenburg, 18. Nov. Die Lage auf dem Weerrettichmarkt kann als sehr günstig bezeichnet werden. Während im letzten Jahre pro Zentner in der Hauptzeit (Oktober, November, Dezember) 20 bis 25 M gezahlt wurden, bis er in der Nachzeit auf 15 M fiel, wird der Weerrettich in der diesjährigen Hauptzeit mit 40 bis 50 M pro Zentner gehandelt. Dabei hat es den Anschein, als ob die Nachzeit noch besseren Preis bringen könnte.

D. J. Freiburg i. Br., 18. Nov. Anlässlich der Schubert-Zentenarfeier, die in Wien am 15. d. M. mit einem großen Festkonzert begonnen hat, wurde der Städt. Finanzdirektor Ferdinand Zimmerer in Anerkennung seiner großen Verdienste um das deutsche Lied vom Wiener Männergesangsverein zum Ehrenmitglied ernannt. Direktor Zimmerer, der als außerordentliches Mitglied beim Berliner Lehrergesangsverein geführt wird, versteht seit langem das Amt des 2. Präsidenten des Freiburger Männergesangsvereins und ist auch Präsident der Vereinigten Freiburger Männergesangsvereine. Er ist bekanntlich zum Präsidenten des Festausschusses des Badischen Bundesfestes in Freiburg für 1929 gewählt worden.

D. J. Triberg, 18. Nov. Die Kurverwaltung Triberg hat für den kommenden Winter zum dritten Male Herrn Wilhelm Ernstorfner aus München als hiesigen Eislauflehrer gewonnen, der von Mitte Dezember bis Mitte Februar in Triberg tätig sein wird.

D. J. Bonndorf, 19. Nov. Auf dem Wege zum Bürgerhospital an das Krankenbett seines schwer Kranken Vaters wurde heute nachmittag, zwischen 2 und 3 Uhr, Bürgermeister Karl Julius Vogt von einem Schlaganfall betroffen, dem er bald darauf erlag. Vogt stand im 42. Lebensjahre. Er war im vorigen Frühjahr mit großer Mehrheit zum Bürgermeister gewählt worden und erfreute sich allgemeiner Beliebtheit.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	20. Nov.		19. Nov.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.43	168.67	168.43	168.67
Kopenhagen 100 Kr.	111.78	112.00	111.79	112.00
Italien . . . 100 L.	21.97	22.01	21.97	22.01
London . . . 1 Pf.	20.335	20.375	20.334	20.374
New York . . 1 D.	4.1930	4.2010	4.1940	4.2020
Paris . . . 100 Fr.	16.375	16.415	16.385	16.425
Schweiz . . . 100 Fr.	80.73	80.89	80.72	80.88
Wien 100 Schilling	58.91	59.03	58.925	59.045
Prag . . . 100 Kr.	12.427	12.447	12.428	12.448

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Sammlungen.

Die mit Erlaß vom 17. März 1928 Nr. 2242 (Karlsruher Zeitung vom 20. März 1928, Nr. 68) der jüdischen Blindenanstalt für Deutschland e. V. erteilte Genehmigung zur Sammlung von Geldspenden durch Übersendung von Werbeschriften an jüdische Kreise in Baden wird bis 31. Dezember 1929 verlängert.

Karlsruhe, den 16. November 1928
Der Minister des Innern
A. V. Jöhrenbad

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Planmäßig angestellt:

Gärtner Julius Strauch am botanischen Garten der Universität Heidelberg als Gartenmeister dazulbst.

Zuruhegesetzt:

Fachlehrer Karl Fugel an der Gewerbeschule II in Mannheim auf Ansuchen, bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Ministerium der Finanzen

Berufen:

Regierungsbaumeister Wilhelm Bils als Vorstand zum Wasser- und Straßenbauamt Emmendingen, Regierungsbaumeister Wilhelm Jabs als zweiter Beamter zum Wasser- und Straßenbauamt Tauberbischofsheim.

Entlassen auf Ansuchen:

Regierungsbaumeister Wilhelm Böhner.

Gestorben:

Hausmeister Martin Frohauer an der Universität Heidelberg am 6. November 1928.

Am Montag früh verschied nach schwerem Leiden der Direktor unserer Anstalt

Herr Heinrich Zamponi

In schwerer Zeit hat er im Gründungsjahr 1922 die Leitung der Schule übernommen und ihr unermüdet seine ganze Kraft gewidmet. Das Lehrerkollegium verliert in ihm einen gerechten und wohlwollenden Vorgesetzten und wird sein Andenken stets in Ehren halten.

Mannheim, den 19. November 1928.

Das Lehrerkollegium der Realschule Mannheim-Feudenheim.

109

Die Ziehung der Auslosungsrechte der Anleiheablösungsschuld der Stadt Karlsruhe für das Jahr 1928 betr.

Bei der Ziehung der Auslosungsrechte der Anleiheablösungsschuld der Stadt Karlsruhe für das Jahr 1928 am 30. Oktober 1928 wurden gezogen:

Litera AA zu 500 RM:
6 22 84 119 185 225 233 237 266 282 287 290 311 364 374 381 436 505 509.

Litera A zu 100 RM:
9 25 60 75 96 104 131 135 163 179 219 239 283 327 360 368 371 388 424 483 512 518 559 574 587 648 651 737 768 775 826 827 859 885 902 913 949 978 1026 1037 1048 1074 1214 1270 1320 1357 1378 1409 1481 1499 1528 1542 1582 1620 1643 1654 1664 1695 1702 1717 1781 1889 1894 1899 1905 2003 2015 2059 2065 2070 2109 2113 2142.

Litera B zu 50 RM:
17 57 66 74 87 117 169 176 183 217 230 261 267 280 306 361 392 448 459 486 488 489 575 607 626 656 670 691 708 743 764 767 832 839 855 887 919 994 997 1029 1053 1150 1205 1225 1253 1290 1318 1346 1357 1394 1432 1449 1483 1488 1486 1533 1555 1661 1669 1746 1765 1775 1875 1915 1922 1967.

Litera C zu 25 RM:
7 50 57 82 151 195 222 223 258 291 299 328 330 338 358 367 379 398 415 429 477 478 611 629 701 736 757 798 848 864 971 975 990 1009 1015 1164 1165 1172 1237 1247 1261 1281 1287 1409 1440 1467 1473 1524 1541 1680 1723 1729 1740 1741 1759 1796 1810 1831 1832 1833 1852 1941 1947 1996 1998 2043 2054 2088 2089 2092 2116 2146 2182 2184 2192 2226 2250 2258 2269 2321 2412 2428.

Litera D zu 12,50 RM:
6 25 30 118 128 237 246 252 280 331 385 399 404 472 477 485 498 512 534 538 576 577 587 712 734 764 802 813 830 832 836 837 868 916 964 1025 1049 1075 1082 1105 1151 1237 1241 1243 1283 1288 1338 1370 1448 1472 1473 1490 1500 1547 1552 1565 1611 1633 1653 1680 1682 1726 1806 1935 1940 1945 1985 2009 2018 2022 2091 2118 2140 2145 2146 2157 2189 2196 2228 2234 2289 2297 2304 2321 2403 2407 2437 2526 2632 2672 2761 2780.

Bei der Einlösung werden für je 100 RM Nennwert der Auslosungsrechte bezahlt
dazu 5% Jahreszinsen für die Jahre 1926, 1927 und 1928 also zusammen 15% 75,- RM
abzüglich 10 v. H. Kapitalertragsteuer 7,50 „ 67,50 „
zusammen 567,50 RM

Der einem Einlieferer auszugehende Gesamtbetrag wird nach Abzug der Steuer vom Kapitalertrag auf volle 5 Reichspfennig nach unten abgerundet. Die Besitzer der gezogenen Auslosungsscheine werden aufgefordert, die Einlösungsbeträge gegen Quittung sowie Rückgabe der Auslosungsscheine und eines gleichen Nennbetrages in Schuldverschreibungen der Anleiheablösungsschuld der Stadt Karlsruhe bei der Stadthauptkasse Karlsruhe (Rathaus) schriftlich oder mündlich anzufordern.

Karlsruhe, den 30. Oktober 1928.

Der Oberbürgermeister.

G. BRAUN

VORM. G. BRAUNSCHE HOFBUCHDRUCKEREI UND VERLAG
G. M. B. H. KARLSRUHE KARL-FRIEDRICH-STR. 14 FERTIGT

DRUCKSACHEN

aller Art für Industrie, Handel, Behörden und Private. Kurze Lieferfristen. Mäßige Preise.

Ablösung der Gemeindegeldentleihen

Bei der am 18. November d. J. vorgenommenen Auslosung der Anleiheablösungsschuld der Stadtgemeinde Neustadt für das Jahr 1928 sind folgende Stücke gezogen worden:
Buchstabe A zu 50 RM die Nummern 11, 32, 57 und 63, Buchstabe B zu 25 RM die Nummern 10, 28 und 31, Buchstabe C zu 12,50 RM die Nummer 1.
Die gezogenen Stücke (Auslosungsscheine mit Schuldverschreibungen) werden gegen Abgabe bei der Stadthauptkasse (bad. Schwarzwald) mit dem Nennbetrage ihres Nennbetrages eingelöst.
Neustadt i. Schw., den 15. Nov. 1928.
Der Gemeinderat.

Wiesenheu

leicht gepreßt, gutes Futter aus den Vogesen, offeriert franko jeder Station, bezollt.
Jakob Wehr, Tel. 2475, Karlsruhe. Futtermittelhandlung, Lohstr. 20.

Konzerthaus

Donnerstag 22. Nov. 1928
abends 8¹/₄ Uhr 102

Lichtbildervortrag des weltberühmten Tibetforschers Dr. Wilhelm Filchner

Karten zu 3, 2 und 1,50 RM.
Studierende und Schüler gegen Ausweis Ermäßigung
in der Musikalienhandlung und Konzertdirektion Kaiser-Ecke Waldstraße Telefon 388

Fritz Müller

Wohlfahrts-Geldlotterie zugunsten der Kinderhilfe in Baden-Baden.

Bei der am 31. Oktober 1928 stattgefundenen Ziehung wurden folgende Nummern mit den dabei demerzten Gewinnen gezogen:
A. Gewinne von 100 bis 5000 Mark: 12485 (500) 28127 (500) 33061 (100) 39406 (100) 42770 (100) und Primie 1000 46889 (100) 47220 (5000). — B. Gewinne von 50 Mark: 2923 10880 19471 21362 25136 26486 36557 49004. — C. Gewinne von 20 Mark: 1609 1621 6704 10218 22015 22943 26836 28498 28837 31342 35197 37644 37704 38575 40578 42722 44856 45791 46896 47561. — D. Gewinne von 10 Mark: 488 3189 4780 5147 5388 5488 6574 7158 7578 10155 10783 11061 11912 13070 14431 14728 15125 17449 20404 21090 21223 22546 23209 24891 27700 31962 36379 36849 37542 38501 39235 40531 40647 43668 44104 45224 47874 49163 49207 49895. — E. Gewinne von 5 Mark: 11 15 368 908 1108 2610 3061 3630 4241 4733 5221 5236 5883 6341 7080 7095 7182 7481 8623 9413 9822 10275 10408 11973 12288 12384 12448 12723 12788 13167 14279 15128 15636 15963 16541 17068 17236 17488 17970 18440 18969 19914 20720 21080 21238 21401 21884 22136 22409 22494 22734 23436 24510 25131 25384 27080 27363 29248 29548 30597 31026 31181 31192 31660 31617 33463 34331 34783 35975 36081 37774 38810 36328 37341 38024 39039 39843 39937 39766 40334 40698 41132 41710 41741 42143 42441 42614 43881 45032 45533 47040 47114 47375 47537 47577 48752 48902 49880 49851 49952. —
Sämtliche Nummern mit nachstehenden Endzahlen gewinnen je 2 Mark: 9 29 30 122 159 167 196 235 300 338 429 469 478 479 585 587 602 623 638 661 671 701 716 750 855 859 883 888 896 916 919 933 944 994. — Ferner gewinnen folgende Nummern je 2 Mark: 5796 11136 40865.
Die Auszahlung erfolgt durch
Eberhard Feher, Karlsruhe i. B., Ofendstr. 6.

Der Gemeinderat Forchheim hat nach Abänderung des Antrags vom 25. Februar 1927 die Feststellung der Verkaufsflächen im Gewann Kleinstraße unter dem Gttlinger Weg, Stadäcker und Pfuhl unter teilweiser Aufhebung der durch Bezirksratsentscheidung vom 21. Juni 1926 festgestellten Verkaufsflächen beantragt.

Der Plan liegt innerhalb zwei Wochen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung ab gerechnet auf dem Rathaus in Forchheim zur Einsichtnahme auf. Etwaige Einwendungen sind während dieser Zeit dorther selbst oder beim unterzeichneten Bezirksamt — Zimmer 55 — bei Anschlußbesuchen vorzubringen.
Karlsruhe, den 14. November 1928.
Bad. Bezirksamt II. D. 3. 108

Neubekleidung des Kreisbezirks Mannheim XV. betr.

Der Kreisbezirk Mannheim XV, umfassend die Gemeinden Godesheim, Altküßheim, Neulüßheim, Reisch und Keilingen, ist infolge Ablebens des Inhabers zu befehlen. Bewerbungen für diesen Bezirk sind innerhalb 4 Wochen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an schriftlich unter Beobachtung des § 7 der Bad. Kammerordnung vom 29. November 1921 und unter Beifügung der ebendort vorgeschriebenen Zeugnisse beim Bezirksamt Mannheim einzureichen.
Mannheim, den 15. November 1928.
Bad. Bezirksamt Abt. I. D. 71

Jagdverpachtung

Bad. Forstamt Forchheim verpachtet am Montag, den 3. Dezember d. J., nachmittags 2 Uhr, auf dem Seehaus im Hagenschief bei Forchheim das Jagdrecht des Jagdbezirks I und II der Gemarkung Hagenschief auf die Dauer von 6 Jahren, und zwar:
Jagdbezirk I zwischen Würmberger Straße und Kleinbachstraße mit etwa 140 Hektar Feld und 696 Hektar Wald, zusammen 836 Hektar. D. 66
Jagdbezirk II zwischen Würmberger und alten Tiefenbronner Straße mit rund 1140 Hektar.
Bedingungen liegen auf dem Forstamt, wofür noch nähere Auskunft erteilt wird, offen.

D. 54. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über den Nachlaß des Malermeisters Ernst Hessel in Karlsruhe, Volkstraße 65, ist Termin zur Anhörung der Gläubiger und Beschlußfassung über die Erhebung von Prozessen wegen Regressansprüchen sowie über den Antrag des Konkursverwalters auf Einstellung des Konkursverfahrens mangels Masse bestimmt auf **Dienstag, den 4. Dezember 1928, vormittags 9 Uhr**, vor Bad. Amtsgericht hier, Akademiestraße 8, 3. Stock, Zimmer Nr. 246. Karlsruhe, 13. Nov. 1928.
Badisches Amtsgericht A 3.

D. 55. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Karl Steinbach, Inhaber Oststr. Dittmann in Karlsruhe, Erbprinzenstraße 36, wurde heute am 14. November 1928, nachmittags 17 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Dr. Seippel hier, Kaiserstraße 188. Konkursforderungen sind bis zum 10. Dezember 1928 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entscheidung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am **Wittwoch, den 12. Dezember 1928, nachmittags 1/4 Uhr**, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Wittwoch, den 19. Dezember 1928, nachmittags 1/4 Uhr**, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, 1. Stock, Zimmer Nr. 40.

Honig

gar. natur. Bienenerzeugnisse
das edelste aller Naturprodukte
(siehe Qual. Nachf.) werden anerkannt und bei
10-Pfd.-Eimer 13,20 RM
5-Pfd.-Eimer 7,50 RM
frei Haus (Nachnahme)
G. Schneider, Honigverwand,
Schopfloch, (württg. Schw.)
N.B. Edlsten Schwarzwalder
Tannenhonig jedes Quantum
lieferbar

Ludwig Schweigut

Karlsruhe i. B.
Erbsenstraße 4
beim Rindfleisch
Flügel
Pianos 724
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Korbmöbel

Mercedes
Günstig ab Fabrik an Privat
Bestenfalls Holz, reichhaltig
auf Wunsch
Badisches Mercedes-Lorch

Detektiv

Institut
Privat
Büro
Mannheim
O 6, 6
Planken 25
Telefon 33305
A. Maier & Co., G.m.B.H.

Leser Bücher

Wissen für Macht!

Freihändiger Stangenverkauf

Forstamt Bommendorf, Dienstag, 27. November 1928, vormittags 11 Uhr; rund 43000 Nadelstämme aller Klassen. Losberzeichnisse durch das Forstamt erhältlich. 67

Badisches Landestheater

Mittwoch, 21. November
*A 9 Th.-Gem. 2. S.-Gr.
Hofspopos
Von Curt Goek
Regie: Kaunbach
Mitwirkende:
Willer, Kiegl, Brand, Höder, Kneble, Kühne, Müller, Schneider, Schulze, v. d. Trend
Anfang 20 Ende nach 22
Freie A (0,70—5,00 RM.)
Do., 22. Nov., Schinderhannes
Fr., 23. Nov., Rosentavaler
Sa., 24. Nov., Genevieve
So., 25. Nov., vormittags:
1. Jugendloungert
abends: Lohengrin
No., 26. Nov.,
Guffmanns Erzählungen
Di., 27. Nov., Die Affenrin

Bekanntmachung

Die Baugenossenschaft G.m.B.H. Söllingen ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 12. September 1928 aufgelöst.
Christof Heinrich Kaufmann, Steuerrevisor, Karl Albrecht Benz, Bürgermeister, und Karl Wall, Baumeister, alle in Söllingen, sind Liquidatoren. Die Gläubiger der Genossenschaft werden aufgefordert, ihre Forderungen bis zum 15. Januar 1929 an die Liquidatoren einzureichen.
Söllingen, 15. Nov. 1928.
Die Liquidatoren:
Ch. H. Kaufmann
Karl Albrecht Benz
Karl Wall. 104

Freihändiger Holzverkauf

Forstamt Herrenwies in Forbach, Donnerstag, den 29. November 1928: 4250 fm Nadelstammholz aller Klassen. Losberzeichnisse durch das Forstamt Herrenwies, Forbach 15. 65

Colosseum

Heute
Premiere
Wilhelm Millowitsch
und sein
Klasse-Ensemble